

Kommunalwahlprogramm 2026 der FDP Marburg



Marburg reparieren.

Vorwort

Es wird eine Mammutaufgabe sein, das durch unverantwortlich hohe Ausgaben der selbsternannten „Klimakoalition“ aus SPD, Grünen und Klimaliste an den Rand der Pleite getriebene Marburg wieder zu reparieren. Wir müssen uns auf die wichtigsten Punkte und Pflichten konzentrieren und weniger Geld ausgeben. Anstatt planlos viel Geld für auszugeben und über Verbote und Sperrungen zu fantasieren, bedarf es nun pragmatischer Lösungen und einer Schuldenbremse vor Ort. Wir werden leider mehr für weniger Leistungen zahlen müssen, da die Stadt sparen muss. Wir wollen und müssen uns da hindurch manövriren.

Marburg ist ein lebenswertes Zuhause, da sich stetig weiterentwickeln muss, um Herausforderungen wie Wohnen, Verkehr, Wirtschaft, Klima, Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung aktiv zu begegnen. Im Zentrum steht die Freiheit des Einzelnen, verbunden mit Verantwortung, Transparenz und breiter Bürgerbeteiligung. Die Freiheit des Einzelnen ist ein hohes Gut und die Maxime unserer politischen Entscheidungen. Ihr zugrunde liegen die Verantwortung und Rücksichtnahme auf die Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Bei Demokratischen Entscheidungen kommt einer breiten Bürgerbeteiligung eine wichtige Funktion zu. Statt über andere Köpfe hinweg zu entscheiden, wollen wir Freie

Demokraten miteinander sprechen und den offenen Diskurs suchen. So werden Transparenz und Akzeptanz für wichtige Projekte der Stadtentwicklung geschaffen. Alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen über aktuelle Entwicklungen zu informieren und in öffentliche Prozesse mit einzubeziehen, stärkt das Vertrauen in die politischen Institutionen und ist Pflicht politischer Akteure. Ein mündiger Mensch kann seiner Verantwortung nur mit vollständigen Informationen nachkommen.

Die FDP Marburg setzt auf eine smarte, digitale, ausgewogene und wirtschaftlich starke Stadtentwicklung, die Bürgerbeteiligung, individuelle Freiheit und Innovation in den Mittelpunkt stellt. Ziel ist ein modernes, nachhaltiges Marburg, das Lebensqualität, Chancengleichheit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. Ohne Verbote und Sperren.

Wir wollen eine Bürgerbeteiligung, die Ernst genommen wird! Für uns Freie Demokraten ist Leistung ein hohes Gut! Wir freuen uns über alle Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen und engagieren, auch und gerade, wenn andere Meinungen als unsere vertreten werden. Wir Freie Demokraten verstehen Bürgerbeteiligung nicht als symbolisches Angebot und hohle Phrase, sondern als Kern einer freiheitlichen Ordnung. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur mitwirken, sondern auch mitentscheiden dürfen, anhand transparenter und fairer Verfahren entsprechend der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), unserer Kommunalverfassung. Ortsbeiräte und Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind beste Beispiele. Dabei geht es nicht nur um politisches Engagement, sondern auch um Menschen, die sich ehrenamtlich an kulturellen Projekten beteiligen. Eltern, die sich zusammenschließen zum Wohle ihrer Kinder, Nachbarn, die Bürgerinitiativen gründen und zahlreiche Vereinsmitglieder prägen und bereichern unsere Stadt. All dies wäre ohne die Leistung des Einzelnen nicht möglich.

Wir Freien Demokraten Marburg und unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf der Kommunalwahlliste sind höchst unterschiedlich, wir leben in verschiedenen Bereichen der Kernstadt und den Stadtteilen, kommen aus verschiedenen Berufszweigen, gehören verschiedenen Religionen – oder keiner – an, weisen eine große Altersspanne auf, sind männlich wie weiblich, haben vielfältigste unterschiedliche Hobbys und Interessen, unsere Persönlichkeiten könnten unterschiedlicher nicht sein.

Kurzum: Wir sind die Marburger Bevölkerung!

Smarte Mobilität: Clevere Lösungen für alle – ohne Verbote und Sperren

Wir wollen Mobilität ohne neue Verbote und neue Sperren. Daher haben wir in der Vergangenheit konsequent Nein zu den radikalen PKW-Verboten, Zwangs-Reduzierungen und Sperrungs-Fantasien durch das Programm „MoVe35“ gesagt und werden dies auch weiterhin machen, wenn versucht werden sollte, Sperren „durch die Hintertür“ in Form von Vorhaben mit anderem Namen doch noch durchzudrücken.

Gerade wenn gespart werden muss, ist es wichtig die vorhandene Infrastruktur zu erhalten, zu reparieren und nicht „zurück zu bauen“, also absichtlich zu verkleinern oder zu zerstören. Der chaotische Umbau der Leopold-Lucas-Straße muss rückabgewickelt werden. Wichtige Engpässe wie die Hohe Leuchte und die Stiftstraße in Ockershausen müssen offen bleiben, damit der Verkehr nicht zusammenbricht. Die Topographie Marburgs braucht smarte Verkehrsführungskonzepte. Nicht das Ausspielen der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gegeneinander, sondern ihre Vernetzung ist die Lösung für moderne Mobilität.

Verkehr muss schlauer werden: innovativ und dynamisch. Eine gut ausgebauten Infrastruktur ist ein bedeutsamer Standortfaktor für die lokale Wirtschaft. Nicht nur für ihre Bewohnerinnen und Bewohner muss die Stadt erreichbar bleiben, denn Marburg erfüllt für die umliegenden Gemeinden eine wichtige Funktion als Oberzentrum.

Fußgängerinnen und Fußgänger

Gegenseitige Rücksichtnahme ist das oberste Gebot eines modernen Verkehrskonzeptes. Fußgängerinnen und Fußgänger stellen hier das schwächste Glied dar, sind für uns allerdings gleichwertige Verkehrsteilnehmer, die Raum benötigen. Hierbei darf es keinen Unterschied machen, ob die Fußgängerin bzw. der Fußgänger eine Einschränkung hat, einen Kinderwagen schiebt oder sich in der Stadt nicht auskennt.

Kinderwagen und Rollstühle sind Hindernissen ausgesetzt, die andere Verkehrsteilnehmer nicht haben. Schräge Bordsteinkanten gehören dazu, aber auch

Slalomstrecken durch Metallgitter, sowie Schlaglöcher. Auch Spielplätze müssen barrierefrei erreichbar sein.

Marburg muss dem Ruf als Blindenstadt gerecht werden: Taktile Leitsysteme dürfen nach Neubauprojekten nicht im Nirgendwo enden, sondern müssen bis ans Ziel führen.

Für Fußgängerinnen und Fußgänger müssen gerade im touristischen Zentrum, aber nicht nur dort, ausreichend Möglichkeiten, sitzend zu verweilen, geschaffen werden. Das hebt die Lebensqualität in der Stadt. Wir brauchen aber kein enorm teures Luxus-XXL-Stadtmobilair mit Kampfnamen wie „Defender“, sondern schlicht saubere Sitzbänke. Einhergehend damit müssen Mülleimer und Aschenbecher aufgestellt werden, um das schöne Stadtbild zu erhalten.

Den Jüngsten gehört die größte Aufmerksamkeit: Grundsäherinnen und Grundsäher müssen sicher zu Fuß zu ihrer wohnortnahen Schule kommen. Essentiell sind aktuelle Schulwegepläne. Diese dürfen nicht in einer Schublade liegen, sondern müssen für die Eltern online abrufbar sein. Tagesaktuell müssen alle Verkehrsbehinderungen und Baustellen enthalten sein. Das schafft echte Sicherheit für unsere Kinder.

Fahrrad

Wir wollen einen echten und breiten Radschnellweg („Fahrradautobahn“) an der Lahn entlang, der eine zentrale Achse durch unsere Stadt bildet und frei von Ampeln und Autos ist. Dabei ist es nicht wichtig, dass dieser Weg für Fahrräder jede Norm erfüllt, wichtig ist vor allem ein breiterer Asphaltweg als pragmatische Lösung. Mit Hilfe von Markierungen auch auf der Straße sollen Radfahrerinnen und Radfahrer auf die Radwege an der Lahn umgeleitet werden. Eine Erweiterung der bestehenden Wege ist hier zu prüfen. Dadurch könnten Konflikte zwischen Fußgängerinnen und Fußgängern einerseits und Radfahrerinnen und Radfahrern andererseits vermieden werden. Die Fahrradwege an der Lahn müssen auf der ganzen Strecke durchgängig beleuchtet werden. Nur wenn Fahrradfahren schnell und sicher möglich ist, stellt es eine echte Alternative zum Auto dar.

Es muss endlich ein Radweg vom Oberen Rotenberg zum Pharmastandort Görzhäuser Hof und von der Marbach ebenfalls dorthin umgesetzt werden. Wichtig ist aber, dass dieser Radweg tatsächlich ganzjährig nutzbar sind und eine Asphaltdecke bekommen - andernfalls dürfte eine alltägliche Nutzung durch möglichst viele Mitarbeiter des Standortes unrealistisches Wunschdenken sein. Die Erreichbarkeit des Pharmastandortes Görzhäuser Hof muss besser werden. Wir fordern den Lückenschluss zum Hessischer Radfernweg R2 im Lahntal, so dass der Michelbacher Ortskern und nachfolgend das "Michelbacher S" und der Standort erreicht werden können.

Als Alternative zur vielbefahrenen Ketzerbach und dem Marbacher Weg schlagen wir einen Radweg am Waldrand vom Götzhainweg in der Oberstadt, den Paul-Ehrlich-Weg kreuzend und oberhalb der Köhlersgrundgasse bis zu Im Köhlersgrund in der Marbach verlaufend vor. Neben der Treppe am Götzenhainweg bedürfte es nur einer Rampe zum kurzzeitigen Schieben des Fahrrads. Oberhalb der Köhlersgrundgasse müsste ein kurzer Abschnitt eines Wirtschaftswegs neu und breiter asphaltiert werden. Dies wäre eine pragmatische Lösung, die schon vielen weiterhelfen würde. Die Alte Weinstraße muss als Naherholungsgebiet erhalten bleiben und darf nicht zu einer asphaltierten Rennstrecke werden.

Neue Radwege kosten nicht immer Geld. Manchmal reicht es aus, die originären Aufgaben einer Kommune ernst zu nehmen. Am Oberen Rotenberg wurden auf unsere Initiative hin mit wenig Mitteln wieder Raum für Radfahrerinnen und Radfahrer geschaffen. Grünschnitt und Reinigung wirken manchmal Wunder. Wo der Schuh drückt, weiß jeder vor Ort am besten. Der Mängelmelder muss hier effizienter genutzt werden.

Auf unseren Antrag wurde die Forderung nach einem grünen Pfeil für Fahrradfahrerinnen und Radfahrer beschlossen. Nun muss dieser sinnvoll eingesetzt werden wo es möglich ist. Dadurch wird das Radfahren attraktiver. Weniger Haltepositionen ermöglichen ein noch schnelleres Vorankommen.

Selbstleuchtender Fahrbahnbelaag kann gerade an den vielen noch unbeleuchteten Radwegen ein Mehr an Sicherheit bedeuten. Dieser nimmt die Sonnenstrahlung des Tages auf und gibt diese in der Nacht wieder ab.

Das erprobte NextBike-System ist ein wichtiges Modul für unseren städtischen Verkehr und es ist zu begrüßen, dass sich die sperrigen und durchaus gefährlichen e -Roller nicht durchsetzen konnten.

Auto

Parkplätze soll man schnell finden, nicht lange suchen. Langfristig muss die Parkplatzsuche im gesamten Innenstadtgebiet innerhalb eines Smart-City-Konzepts gelöst werden. Hierzu muss die Stadt eine smarte Verkehrserfassung fokussieren und Parkplätze müssen digital ausgewiesen werden. Weitergehend sollen Sensoren freie Parkmöglichkeiten erfassen, welche den Fahrern über digitale Schilder oder Apps angezeigt und eine Einführung von virtuellen Parkraumsystemen mit digitalem Parkticket und vernetzter Sensorik ins Auge gefasst werden. Weniger Parkplatzsuche vermeidet den Ausstoß von Schadstoffen.

Die Erreichbarkeit der Oberstadt kann auch mit mehreren kleinen, dezentralen Parkhäusern z.B. auf dem Parkplatz der Sparkasse in der Universitätsstraße gewährleistet werden. Dadurch werden insbesondere die lokalen Einzelhändler in der Oberstadt gestärkt. Da die Anzahl der ausgegebenen Anwohnerparkausweise nicht begrenzt ist, können sich sowohl Kurzzeitparker als auch Anwohner die gleichen Bereiche teilen. Gerade im Südviertel ist eine zyklisch unterschiedliche Auslastung der beiden Bereiche "Anwohner" und "mit Parkschein" festzustellen. Um den bestehenden Parkraum besser ausnutzen zu können, ist die Aufhebung der Parkzonen nur für Anwohnerinnen und Anwohner und nur für Parkende mittelfristig erforderlich.

Straßenbeläge müssen zukünftig mit hellem Asphalt erneuert werden, der ein Aufheizen der Innenstädte verhindert und länger haltbar ist. Das ist sowohl ökologischer als auch ökonomischer. Die Straßen müssen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ausgelegt sein. Schlaglöcher sind gefährlich und nicht barrierefrei – für alle.

Keine Straße ist gleich. Jede Straße hat eigene Voraussetzungen und erfüllt eigene Bedürfnisse von Nutzerinnen und Nutzern und Anwohnerinnen und Anwohnern. Daran muss auch das Tempo angepasst werden. 30, 40, 50 oder 60 -Schilder dürfen keine Generalfordernungen sein, sie müssen bedarfsgerecht aufgestellt werden.

ÖPNV

Wie man am besten von A nach B kommt, muss schnell und leicht und erkennbar sein. ÖPNV muss nicht nur googlebar sondern auch mit anderen Betriebssystemen (wie z.B. bei AppleMaps) sichtbar sein: Haltestellen, Routenplanung und Fahrpläne, aber auch Stau müssen für jeden jederzeit digital einsehbar sein.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN in allen Bussen und an allen Haltestellen sowie für die Bereitstellung aktueller Informationen über den Standort eines Busses ein. Verbesserungsbedarf sehen wir in der Vernetzung zwischen Bahn- und Busverkehr. Gerade an Sonntagen ist die zeitliche Abstimmung nicht optimal.

Wir wollen eine Aufwertung der Fernbusstation am Krummbogen. Recht einfache und günstige Verbesserungen würden bereits die Qualität dieser Station unter der Brücke der Stadtautobahn deutlich anheben können. Seit vielen Jahren hat sich der Fernbusverkehr in Deutschland zu einem stabilen und stark nachgefragten Transportsektor entwickelt. Ein Zebrastreifen zum Gehweg an der anderen Straßenseite sollte selbstverständlich sein, ebenso wie Hinweisschilder, ein Stadtplan und ein taktiles Leitsystem im Boden.

Auch für den innerstädtischen Busverkehr müssen öffentliche Ausschreibungen ermöglicht werden. So können eine Verbesserung und Modernisierung des Fuhrparks, günstigere Betriebskosten und mehr Fahrkomfort erreicht werden. Die Stadtwerke als städtischer Monopolist brauchen gesunde Konkurrenz durch weitere, private Anbieter – am besten aus der Region.

Nah an der Oberstadt müssen die Busparkplätze für Touristikbusse erhalten bleiben. Dazu gehören öffentlich zugängliche WCs in sauberem Zustand, sei es von öffentlicher

oder privater Hand. Mit der Bezuschussung von Unternehmen, die Ihre schon vorhandenen Toiletten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, ist ein erster Schritt getan, weitere sollten folgen.

Schülerinnen und Schüler sind auf den ÖPNV angewiesen, Marburg erfüllt eine wichtige Funktion als Schulstandort. Es darf keine stark überfüllten Schulbusse geben! Elterntaxis müssen smarter gedacht werden: Eltern, die mehr als ein Kind an den Schulstandorten absetzen, sollen künftig die extra dafür einzurichtenden Kurz-Haltezonen vor den Schulen nutzen dürfen – hier soll ein positiver Anreiz geschaffen werden, um Fahrgemeinschaften zu bilden.

Moderner ÖPNV braucht eine moderne Flotte. Nur mit sauberen, klimatisierten und leistungsfähigen Bussen ist der Bus eine attraktive Alternative zum eigenen Auto. Doppeldeckerbusse können hier eine Ergänzung sein, auch aus touristischen Gründen. In einer Stadt mit knappen Verkehrsraum können sie die begrenzte Fläche besser ausnutzen – auch die der Haltestellenbuchten.

Verkehrsführung

Wir sagen deutlich Nein zu PKW-Verboten und Reduzierungen, absichtlich verkomplizierten Fahrwegen für Autos sowie gezielten Sperrungen („modale Filter“), wie sie im „MoVe35“-Programm vorgesehen waren, aber durch unsere Mithilfe bisher verhindert werden konnten.

Wir brauchen ein neues, intelligentes Baustellenmanagement. Denn die frühzeitige Koordination von öffentlichen und privaten Bautätigkeiten, die den Straßenverkehr einschränken oder behindern, muss verbessert werden. Das Verkehrschaos in Wehrda in 2025 zeigt, dass dies erforderlich ist.

Wir fordern für die beengte Verkehrslage in der Innenstadt den Einsatz intelligenter Ampelanlagen, die nicht nur zeitlich gesteuert sind, sondern je nach Verkehrslage schalten. Dadurch kann unnötiger Rückstau vermieden und CO2 eingespart werden.

Der Standort Behringwerke ist enorm wichtig für unsere Stadt. Damit geht die Verantwortung einher, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Zulieferern einen

staufreien Weg zu ebnen. Der Unmut der Anwohnerinnen und Anwohner in der Ketzerbach und Marbach hat sich durch das erhöhte Verkehrsaufkommen in den letzten Jahren gesteigert. Hier muss die Stadt endlich ein klares Votum für einen Entlastungstunnel in der Marbach abgeben. Auch eine neue nördliche Umfahrung als „Görzhäuser-Hof-Zubringer“ muss Berücksichtigung finden.

Am Görzhäuser Hof wird ein LKW -Parkplatz mit WC benötigt, damit wartende LKW - Fahrer nicht mehr gefährlich am Straßenrand parken und sich im Gebüsch erleichtern müssen. Dies muss bei den Planungen mitgedacht werden. Die zentrale Achse, die Stadtautobahn, muss staufrei und zügig erreichbar bleiben.

Park&Ride muss digitaler werden. Der Park&Ride Parkplatz am Messeplatz oder Krekel hat sich als nicht zielführend erwiesen. Die bisher fehlende Ausnutzung muss als Absage verstanden werden. Am Messeplatz soll es zumindest ein Wetterschutz- Wartehäuschen und ein öffentliches WC geben.

Wir fordern freie Fahrt für Feuerwehren. Nicht nur die Lösch- und Einsatzfahrzeuge müssen zügig fahren können, auch diejenigen, die in ihnen sitzen: eine grüne Welle auch schon vor dem Ausrücken.

Weltbeste Bildung: Schulen und Sport stärken

Bildung ist für uns Freie Demokraten die zentrale Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben in allen Lebensphasen. Bildung ist das Fundament für die Sicherung des Lebensunterhalts und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Daher muss jedes Kind einen Anspruch auf beste Bildung haben, um das zukünftige Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Wir treten für ein ganzheitliches Bildungssystem ein, das Chancengerechtigkeit fördert und lebenslanges Lernen ermöglicht. Beste Bildung fängt in der KiTa an, geht über starke Schulen und Hochschulen bis hin zur Volkshochschule. Viel zu oft hängen Bildungschancen noch vom Elternhaus ab. Dadurch haben es insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Haushalten schwer, Chancen zu ergreifen und ihre Träume zu verwirklichen. Für uns ist Bildung der zentrale Schlüssel für eine faire Sozialpolitik, die Gerechtigkeit schafft und Aufstieg ermöglicht. Die Universitätsstadt Marburg hat als Schulträger die Verantwortung, die Gebäude und deren Ausstattung der Lernstätten qualitativ hochwertig zu modernisieren. Investitionen in Schulen müssen Vorrang vor anderen Großprojekten haben. Es muss unser Anspruch sein, dass die Schulausstattung höchste Priorität genießt und die Schulen ihrem sozialen, pädagogischen und fachlichen Auftrag gerecht werden können. Mit den Schulgebäuden zeigt ein Gemeinwesen seinen Kindern, welche Wertschätzung ihnen entgegengebracht wird. Bildung und Bewegung sind die produktivsten Investitionen in Marburgs Zukunft. Der bestehende Investitionsstau bei Schulen, Kitas und Sportstätten ist konsequent abzubauen; Substanz hat Vorrang vor Symbolpolitik.

Starke Schulen für starke Schülerinnen und Schüler

Marburg verfügt über eine erfreuliche Schulvielfalt, die erhalten bleiben muss. Jedes Kind hat individuelle Bedürfnisse, weshalb es eine vielfältig aufgebaute Schullandschaft geben muss. Das Gymnasium muss neben Haupt - und Realschulen bestehen bleiben. Für uns gehören die Schulen in freier Trägerschaft zur Schullandschaft dazu. Wir möchten sie als gleichberechtigte Partner stützen und fördern. Die Stadt soll sich auf ihre originären und verpflichtenden Aufgaben besinnen. Die Stadt muss hier die gleiche

Unterstützung wie für ihre eigenen Schulen sicherstellen und sich so zur Schulvielfalt bekennen. Wir fordern ein so dringend wie nie benötigtes Sofortprogramm ("Not-BiBaP" für die dringendsten Fälle) für alle Schulen und Sporthallen in Marburg. Das sog. "BiBaP" (= "Bildungsbauprogramm" der Stadt) ist hingegen unverändert nur eine Scheinlösung, da es in Wirklichkeit nur selbstverständliche Instandsetzungen und ansatzweise Baumaßnahmen abdeckt, aber den Zugang zu den Geldern wie bei einem staatlichen Förderprogramm verkompliziert und damit verlangsamt.

Marburg hat unverändert marode Schulen und Turnhallen. Die Aufgaben sind gewaltig und nicht mit kleinen Reparaturmaßnahmen hier und ein paar neuen Fenstern dort getan. Hier müssen wir ran. Es geht darum, die grundlegendsten und selbstverständlichsten Dinge für einen sicheren Schulbetrieb sicher zu stellen. Wir müssen uns auf die Schulen und KiTas konzentrieren!

Das Digitalste in der Schule dürfen nicht die Pausen sein. Die Digitalisierung bietet viele Chancen im Bildungsbereich, die wir ergreifen möchten. Dabei sehen wir den Einsatz digitaler Methoden und Plattformen als sinnvolle Ergänzung für den analogen Unterricht. Deswegen setzen wir Freie Demokraten uns für ein zukunftsweisendes Digitalkonzept ein, das die Aspekte der Infrastruktur, der Aus - und Weiterbildung sowie Diagnose - und Vermittlungsmöglichkeiten ebenso umfasst wie die Umstellung der Verwaltung und Organisationsstrukturen. Schulen brauchen ein eigenes Budget und Freiheiten. Jede Schule weiß vor Ort am besten, was ihre Bedürfnisse sind und welche Anschaffungen sie benötigt.

Schulen sollen leichter Fördermittel beantragen und abrufen können, um ihre digitale Entwicklung voranzutreiben. Dazu gehört die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten sowie die Modernisierung der Klassenräume. Glasfaser muss an jeder Schule vorhanden sein. Oft mangelt es an genügend Bandbreite, um moderne Lernformate zu nutzen. Die Stadt als Schulträger sowie das Kultusministerium ist verpflichtet, einen Medienentwicklungsplan sowie ein dazugehöriges Fortbildungskonzept vorzulegen. Die Gelder sind zweckgebunden für den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu nutzen. Wir wollen uns am Gute-KiTa-Gesetz orientieren und begrüßen es, wenn mehr freie Träger KiTas betreiben würden.

Kooperationsmodelle zwischen Schule und Stadt, wie sie in den Bildungspartnerschaften auf fachlicher, sportlicher und kultureller Weise bereits jetzt existieren, müssen auch in anderen Bereichen, wie z.B. der Betreuung, der Hausaufgabenhilfe oder der Schulsozialarbeit ermöglicht werden. Die Stadt kann dabei eine zentrale Leitungsfunktion wahrnehmen, Synergien ermöglichen und so den Spielraum der Schulen noch erweitern.

Gerade Marburg als Universitäts- und Sportstadt verfügt neben den städtischen Schulen auch über eine vielfältige Landschaft außerschulischer Lernorte. Angefangen bei den Apfel- und Kirschlehrpfäden im Stadtwald über die archivpädagogische Arbeit des Staatsarchivs und den Botanischen Garten bis hin zu unseren Museen und dem Landestheater gibt es viele Institutionen, deren Angebote in innovative Unterrichtskonzepte eingebunden werden können.

Die Stadt muss die Entwicklung der Schülerzahlen würdigen und rechtzeitig in die Planung hinsichtlich der benötigten Räume und Flächen einbeziehen. Viel Verbesserungspotenzial sehen wir hier bei der Koordination von Raumbelegungen in und zwischen den Schulen. Es muss ein digitales Raumbelegungstool für alle Lehrkräfte und Schulen in Marburg geschaffen werden. Dies birgt Einspar- und Verbesserungspotenziale.

Wir fordern den zentralen Erwerb von Online-Lizenzen z.B für Software und Filme durch die Stadtbildstelle Marburg für alle Schulen. So kann der Zugang für Lehrkräfte zu modernen Medien für den Unterricht vereinfacht werden, während die Kosten zentralisiert und im Vergleich mit Einzel - Lizenzen niedriger gehalten werden können.

Um echte Chancengerechtigkeit an den Schulen herzustellen, müssen diese auch auf die sozialen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen. Daher wollen wir die Schulsozialarbeit stärken. Insbesondere das gezielte und präventive Angehen von Mobbing und Bullying muss hier im Fokus stehen.

Darüber hinaus sollen Schulprozesse zukünftig digital erfasst werden. Aus dem Grund fordern wir die Einführung eines digitalen Klassenbuches in den Marburger Schulen, um Informationen über Lehrinhalte und organisatorische Fragen schnell und effizient

zwischen Lehrkräften austauschen zu können. Das Programm schule@zukunft muss dringend fortgeschrieben werden.

Sport

Marburg ist Sportstadt. Diesem Anspruch müssen wir endlich auch gerecht werden. Sport braucht Raum. Deshalb müssen wir die Sportstätten renovieren und modernisieren, um ausreichend Kapazitäten für den Sport anbieten zu können. Wir setzen uns für einen Neubau einer großen Mehrfelderhalle mit einem privaten Sponsor ein, um das Angebot zu erweitern und Sport zu ermöglichen.

Wir fordern eine zügige Umsetzung des bestehenden Sportentwicklungsplans und eine aktuelle Fortschreibung.

Zu gutem Sportunterricht gehören drei Sportstunden pro Woche. Diese Vorgabe muss endlich umgesetzt werden.

Sport ist inklusiv, und Marburg auch. Deshalb muss versucht werden, überall eine bestmögliche Barrierefreiheit herzustellen. Unsere Bürgerinnen und Bürger benötigen vielfältige Bewegungsangebote und -flächen; insbesondere in den Außenstadtteilen mit einer hohen Jugenddichte, z.B. in Cappel müssen wir frei nutzbare Flächen anbieten.

Eine beleuchtete und sichere Laufstrecke oder entsprechend ausgebauten Wege für Skateboards, Fahrräder sowie Läuferinnen und Läufer sind eine naturnahe Erweiterung für eine bewegte und gesunde Stadt.

Sport braucht manchmal auch Wasser. Hier gilt es, die bestehenden Ressourcen effizient zu nutzen, um Klima und Haushalt zu schonen. Optimale Belegung ist hier besser, als ein zusätzliches Schwimmbad. Auch hier kann ein Raumbelegungstool helfen.

Gut wäre es, wenn die Vereine mehr eigene Verantwortung für ihre Sportstätten übernehmen dürften. Das stärkt die Gemeinschaft und setzt Kraft vor Ort ein.

Rathaus 2.0: Digitale Verwaltung und Haushalt

Die Digitalisierung muss auch in der Verwaltung Einzug halten. Nur so kann sie auf die Bedürfnisse der Marburgerinnen und Marburger adäquat eingehen. Statt Papierstau braucht es mehr Effizienz, Transparenz und Bürgernähe. Dabei gilt es auch, für die vielen Bürgerinnen und Bürger anderer Nationalität passende Angebote zu unterhalten – nicht nur auf Deutsch. Transparenz und Offenheit gelten dabei nicht nur für das Rathaus an sich. Auch die Firmen, welche von der Stadt kontrolliert werden, dürfen nicht durch das demokratische Raster fallen. Besonderes Augenmerk gilt uns hier den Wirtschaftsgebieten, bei denen Konkurrenz zu privaten Anbietern besteht. Nicht zuletzt spielt auch das Finanzielle eine Rolle: niemand sollte mehr belastet werden als bisher, Steuererhöhungen lehnen wir ab. Auch müssen Steuern und Abgaben einfach verständlich und nachvollziehbar sein.

Verwaltung

eGovernment darf keine Phrase bleiben: Jeder muss sein Anliegen an die Verwaltung online richten können, sofern keine Formhindernisse dem entgegenstehen. Mobile Arbeitsplätze für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind weiter auszubauen. Englisch als zweite Servicesprache soll in der Verwaltung sukzessive eingeführt werden. Denn Marburg ist eine internationale Stadt, viele global tätige Unternehmen und die Universität mit vielen ausländischen Beschäftigten und Studierenden sind ein wichtiger internationaler Standortfaktor für Marburg.

In der Verwaltung brauchen wir mehr Effizienz und Effektivität. Die Verwaltung muss schlanker, leistungsfähiger und schneller werden. Eine freie Stadt braucht eine leistungsfähige, schlanke und digitale Verwaltung. Wir fordern den Abbau von Doppelstrukturen, die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und eine klare Priorität für Bürgernähe und Effizienz. Der Bürgerkoffer und das mobile Stadtbüro müssen offensive beworben werden.

Der Mängelmelder soll ausgebaut und unter anderen die Bereiche Grünschnitt, Fahrradwege sowie die Barrierefreiheit integriert werden. Verbesserte Information für

Bürgerinnen und Bürger in politischen Dokumenten. Die Bürgerbeteiligung muss in Form von OpenGovernment für jede Person möglich sein. Wir brauchen ein digitales, virtuelles Rathaus mit Antrags-Tracking und Statusmeldungen nach dem Vorbild der Stadt Fulda. Dabei und bei der allgemeinen Verwaltungarbeit soll endlich Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz kommen, um gerade Standardvorgänge viel schneller bearbeiten zu können, was mittel- und langfristig zu enormer Zeitsparnis führt. Ein sicherer, offizieller und offener Umgang mit geeigneter KI und ein dauerhaft verfügbarer Zugang dazu verhindern zudem eine riskante "Schatten-KI"-Nutzung im Hintergrund.

Aber auch der Zugang zu klassischen Dokumenten kann z.B. durch eine Dokumenten-Abholbox vor dem Stadtbüro erleichtert werden. Mit einem PIN könnten dort auch nach Feierabend angeforderte Dokumente abgeholt werden.

Ein Live-Stream der Stadtverordnetenversammlung soll datenschutzkonform wieder eingeführt werden. Die Sitzungen sollen auch nachträglich abgerufen werden können, am besten barrierefrei und mit Audiotranskription.

StudierMalMarburg wollen wir in seiner jetzigen Form abschaffen, die Verteilung an Haushalte passt nicht mehr in die Zeit und ist schlicht zu teuer. Das Plakatieren des Oberstadtaufzuges soll nicht mehr dazu genutzt werden, um städtische Kampagnen mit ideologischen Inhalten zu bewerben.

Es muss eine Lösung für ein neues Stadtbüro gefunden werden, obwohl es sehr fraglich ist, wie Marburg sich das leisten kann. Das für viel Geld erworbene Neue Forum („Das Depot“) in der Neuen Kasseler Straße muss in die Überlegungen einbezogen werden.

Bei den Terminvergaben im Stadtbüro müssen bedarfsgerechte Zeitfenster eingeführt werden, um effizienter und effektiver mehr Bürgern helfen zu können. Für die Abholung von Müllsäcken muss nicht die gleiche Zeit wie für einen Reisepassantrag angesetzt werden. Auch das Warten im Außenbereich muss ein Ende haben.

Städtische Beteiligungen

Die Beteiligungsrichtlinien sind zu überarbeiten und müssen der hohen wirtschaftlichen Bedeutung entsprechen. In sensiblen Bereichen darf es keine personellen Überschneidungen geben, wie z.B beim Antikorruptionsbeauftragten, welcher zugleich Oberbürgermeister ist. Alle parlamentarischen Fraktionen sind in den Aufsichtsräten zu berücksichtigen.

Kritische Überprüfung der Tätigkeitsbereiche von städtischen Eigen - und Tochterbetrieben sowie Beteiligungsfirmen: Kommunale Unternehmen sollen privaten Unternehmen keine Konkurrenz machen. Weitere Neugründungen oder Zukäufe sind kritisch zu begleiten. Veröffentlichung aller individualisierten Geschäftsführergehälter der Marburger Beteiligungsfirmen: Schließlich sind es die Gelder aller. Eine Personalunion bei Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern sollte nur in Ausnahmefällen möglich sein. Stellenneubesetzungen sind öffentlich auszuschreiben und nicht nach Parteiproportz zu besetzen.

Generell müssen alle Beteiligungsunternehmen der parlamentarischen Kontrolle unterstehen. Akteneinsicht, kleine Anfragen, Einblick in grundsätzliche Verträge dürfen nicht durch den Deckmantel einer Privatisierung verhindert werden. Bilanzen sind pünktlich vorzulegen, das gilt besonders für die Stadtwerke Marburg. Die Auftragsvergabe an Firmen, an denen Parlamentarier Beteiligungen haben, sollen auf ein Minimum reduziert werden, um Transparenz herzustellen. Es wäre gut, wenn alle unternehmerisch aktiven Stadtverordneten aller Parteien während ihres Mandats freiwillig auf Aufträge der Stadt schlicht verzichten würden. Neue Anbieterinnen und Anbieter darf man hier nicht ausschließen.

Die interkommunale Zusammenarbeit muss weiter ausgebaut werden: (interkommunale) Gewerbegebiete, Wirtschaftsförderung, Tourismus und Feuerwehr lassen sich zusammen günstiger und besser organisieren.

Haushalt und Steuern

Wir fordern einen noch besser lesbaren Haushalt: wichtige Kennzahlen müssen im Haushalt ausgewiesen werden. Dazu gehören insbesondere die Kosten pro Nutzerin/Nutzer. Nur so lässt sich die Sinnhaftigkeit von Ausgaben bewerten und ein Nachsteuern ermöglichen. Ein Benchmarksystem ermöglicht die Vergleichbarkeit mit anderen Kommunen. Auch sollen die tatsächlich abgerufenen Mittel mit aufgenommen werden.

Der Ausspruch „Pflicht vor der Kür“ ist für uns keine Plattsüde, sondern eine Handlungsmaxime. Die freiwilligen Leistungen dürfen keinen Vorrang vor den Pflichtaufgaben der Kommune haben.

Die nachträglich eingeführte vierte hauptamtliche Magistratsstelle, der „Klimastadtrat“ war und ist ein teurer Fehler und gehört abgeschafft. Der hauptamtliche Magistrat soll von vier auf zwei halbiert werden! Marburg braucht mehr Effizienz statt aufgeblähtem Ideologie-Apparat, Sparsamkeit statt Parteiproportz, mit Kompetenz im Mittelpunkt. Auch die neu eingeführten sog. „Quartiersmanager“ soll abgeschafft werden, denn es gibt vor Ort gewählte Ortsbeiräte.

Die Grundsteuer darf nicht weiter steigen. Die neuen Berechnungsmethoden müssen aufkommensneutral gestaltet werden. Gegebenenfalls müssen Hebesätze gesenkt werden, damit keine Mehrbelastung entsteht. Wir fordern die Abschaffung der Hundesteuer. Aufkommen und Erhebungskosten passen nicht zusammen. Haustiere haben wichtige soziale Funktionen.

Keine Erhöhung der Gewerbesteuer. Die sehr schlechte Haushaltslage Marburgs muss über Einsparungen und Verschlankungen erzielt werden, zumal die Stadtverwaltung schlicht zu viel Personal hat.

Marburg steht vor notwendigen und überfälligen harten Einschnitten, um endlich sparen und eine Pleite abwenden zu können. Dafür muss die Verwaltung verkleinert, überall gespart, Leistungen gekürzt und überflüssige, nicht notwendige Projekte eingestellt werden. Das wird eine herausfordernde Aufgabe. Neben dem Streichen der sogenannte

Freiwilligen Leistungen muss auch der Marburg-Pass (auch bekannt als Stadtpass) abgeschafft werden. Marburg kann sich das nicht leisten. Hart, aber wahr.

Die Mietpreisbremse kann keine funktionierende Lösung für unsere Probleme sein. Hierdurch werden nur in den seltensten Fällen Mieten wirklich gebremst. Sie führt in unseren Augen sogar zu steigenden Mieten, weil Vermieterinnen und Vermieter sie ausschöpfen. Die Grunderwerbssteuer muss stabil bleiben. Für die erste, selbstgenutzte Immobilie setzen wir uns für einen Freibetrag ein.

Selbstbestimmt in allen Lebenslagen: Soziales, Familie, Jugend, Sicherheit

Die Familie als Fundament unserer Gesellschaft ist der Ausgangspunkt unserer Sozialpolitik. Um Sie und Ihre Familie bei den alltäglichen Herausforderungen bestmöglich zu unterstützen, muss die Partnerschaft von Familie, Krippe, Kindertagesstätte und Schule stärker aufeinander abgestimmt werden. Die Kitas sind die zentralen Einrichtungen für frühkindliche Bildung. Gerade die Qualitätsentwicklung der Kitas muss in unserem Fokus liegen und stetig weiter gedacht werden. Durch eine gute und vorausschauende KiTa-Bedarfsplanung möchten wir weiter flexibel und vorausschauend auf die demografische Entwicklung reagieren können. Für uns steht bei allen Angeboten und Initiativen das Kind mit seinen individuellen Lernvoraussetzungen, seiner Persönlichkeit und seinem Entwicklungsstand im Mittelpunkt. Gute Bildung, verlässliche Betreuung und vielfältige Freizeitangebote sind keine weichen, sondern harte Standortfaktoren. Bildung und gemeinsamer Sport sind die beste Sozialpolitik, weil sie Selbstwirksamkeit, Zusammenhalt und Teilhabe fördern.

Sicherheit und Freiheit sind nicht nur Gegensätze. Für die Ausübung der eigenen Freiheit braucht es Sicherheit: Wer sich in der Stadt aufhält, muss dies tun können, ohne um seine Gesundheit und sein Eigentum Angst haben zu müssen. So viel wie nötig, so wenig wie möglich lautet hier unsere Devise. Es bleibt ein Abwägen der Rechte gegeneinander.

Sicherheit

Die Oberstadtwache muss nachts und am Wochenende besetzt sein. Dies schafft Sicherheit und einen Ansprechpartner, eine Ansprechpartnerin vor Ort für Besucherinnen und Besucher und Gewerbetreibende. Eine Kultur der wilden Aufkleber lehnen wir ab. Wir wollen eine schöne, saubere und freundliche Stadt, die Marburg, nicht Marode heißt. Dazu gehört auch die konsequente Entfernung von illegal angebrachten Graffitis.

Zur Sicherheit gehört auch die Feuerwehr, die eine sehr hohe Priorität und Wertschätzung haben muss. Hier sind Investitionen gut angelegt. Die Umstrukturierung des Ordnungsamts hin zur Stadtpolizei wurde von uns seit Jahren gefordert (wofür wir anfangs scharf kritisiert wurden), aber in den letzten Jahren ist eine robuste Stadtpolizei mit Selbstverteidigungsmitteln und sogar einem Hund entstanden. Die Sicherheitslage lässt keinen anderen Weg zu. Vielmehr muss die Stadtpolizei ausgebaut und stets auf einem guten technischen Stand gehalten werden. Gezielte zusätzliche Beleuchtung im öffentlichen Raum schafft sichere Räume! Davon brauchen wir mehr.

Kinderbetreuung

Möglichst unterschiedliche (und mehr freie) Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen in Marburg sollen den Eltern Angebote machen können. Ebenso soll der Bereich der Tageseltern gefördert und ausgebaut werden. Nicht alles muss die Stadtverwaltung selber organisieren. Konstante Öffnungs - und Betreuungszeiten bei den Übergängen von der Krippe zur Kindertagesstätte oder Schule müssen verlässlich sein, insbesondere in den Ferien.

Bezahlbare Betreuungseinrichtungen sind der Schlüssel, um den Kindern unabhängig von ihrer sozialen, ethnischen oder religiösen Herkunft eine faire Bildungschance auf ihren Weg zu einem freien und selbstbestimmten Leben zu geben. Trotzdem gilt für uns weiterhin Qualität vor Kostenfreiheit.

Kurze Beine, kurze Wege: die Betreuungsangebote müssen vor Ort verfügbar sein. Mit kleineren Einrichtungen kann man einfacher auf demografische Änderungen vor Ort reagieren. Die Ausstattung von KiTas darf sich nicht im Baulichen erschöpfen. Auch für die frühkindliche Bildung muss die entsprechende Ausstattung auf dem besten Niveau sein. KiTas müssen wie die Schulen renoviert und saniert werden. Es darf nicht nur verschoben und improvisiert werden. Auf der anderen Seite bedarf es keiner einzelner Luxus-Projekte.

Spielplätze sind ein Treffpunkt für verschiedene Generationen. Hier ist allen ein Angebot zu machen, gerade für Eltern und Großeltern besteht hier Nachholbedarf. Ein "Outdoor-Gym-light" würde das Angebot der Spielplätze für Jung und Alt erweitern. Die

Spielplätze unserer Stadt müssen jederzeit gepflegt, frei und barrierelos zugänglich sowie einladend für Klein und Groß gestaltet sein. Über den Mängelmelder eingereichte Missstände müssen schnell und unbürokratisch behoben werden.

Eine Stadt für alle Generationen

Um eine höhere Aufenthaltsqualität in der Stadt zu schaffen sollten mehr Sitzbänke in der Stadt und feste Sitzgelegenheiten an der Lahn installiert werden. Dabei ist kleineren Einheiten der Vorzug zu geben, so werden Brennpunkte im Vorfeld entschärft. Die Barrierefreiheit ist eine Querschnittsaufgabe.

In der Altenhilfe müssen privat und staatlich Hand in Hand gehen, nicht gegeneinander. Der Stadt sollte hier eine koordinierende Funktion zu kommen. Auch kleinere Einheiten sollten gefördert werden. Sie ermöglichen einen flexibleren Übergang zwischen eigenem Haushalt und stationärer Pflege. Die städtischen Altenpflegeeinrichtungen sollten einen Pflegepool einrichten, um bei verstärkten Krankheitsfällen in kleinen Einheiten einspringen zu können. Ein Ansprechpartner für alle Fragen rund um das Älterwerden schafft eine bessere Vernetzung der verschiedenen Angebote. In einer individualisierten Gesellschaft sind auch neue Dienstleistungen notwendig, wie z.B. ein Einkaufsservice oder eine Umzugshilfe.

Marburg soll eine Stadt für Familien sein und wieder den Bau von Einfamilienhäusern durch Baulandausweisung (z.B. auf den Lahnbergen) ermöglichen.

Die Marburger Altenhilfe und die Frauenförderung haben ein umfangreiches und hochwertiges Angebot; wir wollen diesen Einsatz aber stärker honorieren, erweitern und weiterentwickeln. Gerade in der Entwicklung der Wohnquartiere und bei einer möglichen Anpassung könnte die Stadt noch mehr Hilfe und Unterstützung, z.B. in Form einer Serviceleistung, analog eines Relocation-Services, anbieten.

Wirtschaftsleben: Kultur und Unternehmen

Marburg lebt nicht nur von den großen Playern Universität und Pharmastandort. Vielmehr sind es die Vielfalt unserer Wirtschaft und die Kleingliedrigkeit der Oberstadt, die Charme und Stärke unserer Stadt ausmachen. Diese Chance müssen wir nutzen, umsetzen und daran das Handeln der Politik ausrichten. Wer eine gute Idee hat, muss sie einfach und schnell umsetzen können. Sei es eine kulturelle oder unternehmerische. Für uns gehören Kultur und Wirtschaft fest zusammen. Sie befruchten sich gegenseitig und bringen Vorteile für beide Seiten. Nur durch die hohen Einnahmen in der Gewerbesteuer können wir uns so manche Kulturausgabe leisten. Und nur weil wir so eine hohe Kulturdichte und -vielfalt haben, ist Marburg als Wohnstandort beliebt. Dasselbe gilt für Marburg als Tourismusort.

Unternehmen

Klein und Groß gehen in der Wirtschaftspolitik Hand in Hand: Neben den vielen kleinen innovativen Unternehmen lebt Marburg auch vom großen Pharmastandort. Diesen attraktiv zu halten, ist Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung in den Punkten Verkehr, Wohnen und Kultur. Aber Marburg darf sich nicht mehr zu sehr und fast ausschließlich auf Pharma konzentrieren, sondern unsere Stadt muss sich breiter aufstellen. Marburg muss auch für andere Industrie- und Gewerbezweige attraktiv werden.

Ein Gewerbepark auf den Lahnbergen halten wir für eine sehr gute Idee, auch um einen neuen und alternativen Gewerbestandort anbieten zu können, zumal dort schon eine gute Straßeninfrastruktur vorhanden ist. Auf den Lahnbergen könnte neben einem Gewerbepark ein neues Wohngebiet mit Einkaufsmöglichkeiten entstehen. Auch das Monette-Gelände würde Möglichkeiten für die Ansiedlung von neuem Gewerbe und für neue Wohngebäude bieten.

Tourismusförderung ist kein Selbstzweck: Wichtig ist ein Zusammenspiel von Gastronomie, Kultur und Verkehr, um eine zielgerichtete, effektive und nachhaltige Stärkung des Tourismusstandortes Marburg zu erreichen. Unsere Stadt lebt von der

Kleinteiligkeit ihrer Angebote. Gerade auch für Tagestouristinnen und Tagestouristen ist Marburg ein beliebtes Ziel. Deswegen sind möglichst viele verkaufsoffene Sonntage hier ein wichtiger Baustein.

Stadtmarketing darf nicht nur lokal und regional gedacht werden, sondern muss größer erfolgen: Wir setzen uns für einen deutschlandweiten Zusammenschluss von Städten ähnlicher Größe und Struktur ein. Der Standortfaktor einer lebendigen Universitätsstadt mit historischem Altstadtkern ist unser Markenkern. Dies lässt sich zusammen (z.B. mit Städten wie Göttingen, Greifswald, Erlangen und Tübingen) besser bewerben als alleine. Hierbei steht neben dem touristischen Aspekt auch die langfristige Attraktivität Marburgs als Wohn -, Studien - und Wirtschaftsstandort im Vordergrund.

Gründungen

Neue Ideen brauchen auch Raum zur Verwirklichung. Marburg bietet ein einzigartiges Ambiente für die Entfaltung von Innovationen. Wir wollen die Digitalwirtschaft ins Fachwerk holen. Die Ideen des expandierenden Fachbereichs Informatik müssen in Marburg bleiben und dürfen nicht in andere Großstädte abwandern. Die Stadt muss attraktiver für eine moderne Gründerkultur werden. Neue Unternehmen sollten in ihren ersten Gründerjahren keine Gewerbesteuer zahlen müssen und darüber hinaus muss die Infrastruktur an wichtigen Industriestandorten ausgebaut werden. Zur Attraktivität der Stadt für Gründerinnen und Gründer gehört auch die Unterstützung von smarten Projekten wie Co-Working-Spaces. Die Stadt muss hierbei die Voraussetzungen für Gründerinnen und Gründer schaffen, solche Konzepte selbst zu verwirklichen.

Kultur

Gute Ideen brauchen Raum. Oft scheitert eine Kulturveranstaltung nicht an den Menschen, die Ihre Ideen verwirklichen, sondern an geeigneten Räumen: eine digitale Plattform für offene Kulturräume kann private und staatliche Akteure an einen Tisch bringen. Dabei sind nicht nur klassische Veranstaltungsräume einzubeziehen, sondern auch Werkstätten, Ateliers, Innenhöfe oder Fabrikhallen. Durch die Nutzung von neuen Flächen kann auch kleineren, innovativen Anbietern von kulturellen Veranstaltungen, die bisher keine Bühne haben, Raum gegeben und das kulturelle Programm erweitert

werden. Bisher ideologisch abgeschottete Räume wie in den soziokulturellen Zentren sollen dadurch einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stehen können und besser genutzt werden.

Das Landestheater hat eine Leuchtturmfunktion in der Marburger Kulturlandschaft, ist aber auch ein großer Posten im Haushalt. Realistische Möglichkeiten der räumlichen Ausstattung, sowie eine funktionierende Haustechnik sollten hier vor einem Neubau aus Prestigegründen stehen. Auch der Bildungscharakter eines klassischen Theaters muss noch stärker betont werden und die Zusammenarbeit mit Schulen ausgebaut werden. Daneben spielen kulturelle Begegnungen eine wichtige gesellschaftliche Rolle. Sie übernehmen eine integrative Funktion und schaffen Akzeptanz für unterschiedliche Lebensmodelle.

Für uns gilt: was wir haben, soll erhalten werden. Aber wir können uns keine Neubauten und Prestige-Objekte leisten.

Das Projekt „VielRaum“ sehen wir kritisch. Dabei wird eine vollwertige Vermietung eines Ladenlokals in der Oberstadt nur vorgegaukelt und als Erfolg verbucht. In Wirklichkeit handelt es sich meistens um steuerfinanzierte Raumnutzungen (z.B. durch das Landestheater), ohne langfristige, echte Perspektiven hinsichtlich eines sich selbst finanzierenden Gewerberaummieters.

Wir sind der Auffassung, dass digitale Potenziale im Kulturbereich stärker genutzt werden können. Es braucht eine Verbesserung des digitalen Veranstaltungskalenders sowie des digitalen Auftritts von Kulturstätten. So können beispielsweise digitale Rundgänge oder interaktive Ausstellungen deren Sichtbarkeit verbessern und den Zugang erleichtern.

Ein Behring-Museum fehlt. Marburg hat eine lange Geschichte in der Erforschung und Produktion von Impfstoffen – und eine große Zukunft. Ein solches Museum hätte einen hohen Bildungsanspruch und würde zugleich eine starke Säule unserer Wirtschaft würdigen. Es wäre sinnvoll, eine umfangreiche Behring-Ausstellung zumindest im Schloßmuseum bzw. in einem künftigen Stadt-Museum anzubieten.

Marburg sollte einen Bund und Austausch mit anderen schönen historischen Universitätsstädten in Deutschland und Europa (z.B. Bamberg, Tübingen, Padua) anstreben.

Stadt der Zukunft: Umwelt, Wohnen, Stadtentwicklung

Marburg ist aufgrund seiner Topographie ein herausfordernder Standort für Bauprojekte. Die Enge der Stadt lässt wenig Platz für Wohngebäude, Gewerbeimmobilien, öffentliche Einrichtungen und Straßenraum zu. Ein Patentrezept gibt es hier nicht. Vielmehr muss es Aufgabe der Politik sein, den Wünschen der Bewohnerinnen und Bewohner und Investoren gleichermaßen nachzukommen. Marburg kann mehr: Wir müssen nachhaltiges Denken und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verbinden. Unsere Pharmaindustrie und die Hochtechnologie müssen weiter gefördert und ausgebaut werden; auch wollen wir weitere innovative Zweige ansiedeln und so die Beschäftigung auch künftig sichern.

Aber Marburg muss auch attraktiv für andere Industrie- und Gewerbezweige werden. Lust auf Neues haben, unsere Traditionen pflegen und unsere gewachsene Geschichte sensibel in die Zukunft überführen. Unserer Rolle und Verantwortung als regionales Oberzentrum sind wir uns bewusst und dazu gehören nicht nur die Bürgerinnen und Bürger unserer Außenstadtteile, sondern auch die Menschen des Umlandes, die wir einladen und begrüßen. Für die zukünftige Entwicklung Marburgs ist es aus unserer Sicht notwendig, bisherige Konzepte zu evaluieren und zusammenzuführen. Wir möchten groß denken und Visionen mit allen Akteuren gemeinsam entwickeln, um die zwingenden Lösungen für Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung, bezahlbares und nachhaltiges Wohnen, infrastrukturelle Erfordernisse, eine zukunftssichere Wirtschaftsförderung und die Attraktivität der Oberstadt anzupacken.

Wir unterstützen weiterhin die Entwicklung des innerstädtischen Uni-Campus Firmanei ebenso wie den Ausbau des naturwissenschaftlichen Campus auf den Lahnbergen. Den Campus auf den Lahnbergen möchten wir stärker entwickeln und zu einem vollwertigen Stadtteil mit einem Wohngebiet und Gewerbegebiet, gern auch mit einem Supermarkt, erweitern. Zumal die Anbindung an die Kernstadt schon sehr gut entwickelt ist und zukünftig durch eine ökologische und attraktive Lösung leicht erweitert werden kann. Sinnvollerweise erfolgt auch eine Anbindung an einen neuen Verkehrsknotenpunkt "Marburg-Mitte".

Eine Einkaufsmöglichkeit direkt auf den Lahnbergen wäre für Patientinnen und Patienten, Studierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - eigentlich für alle Menschen dort auf dem Berg - eine nahe und ökologisch sinnvolle Ergänzung. • Wir müssen unsere Anstrengungen aufrechterhalten, intensivieren und mehr Flächen für Wohn- und Gewerbegebäude an geeigneten Stellen (z.B. Lahnberge) zur Verfügung stellen, auch um weiterhin ein attraktiver Standort für den Hochtechnologiebereich zu sein. Auf den Lahnbergen könnte neben einem Gewerbepark ein neues Wohngebiet mit Einkaufsmöglichkeiten entstehen.

Die umstrittenen und geplanten Wohnbebauungen am Oberen Rotenberg und Hasenkopf lehnen wir unverändert ab. Die Wege dorthin passen nicht für das entstehende erhöhte Verkehrsaufkommen. Der Umbau des Temmlerareals ist hingegen sinnvoll, da hier bereits erschlossene Flächen besser genutzt werden können.

Die Standorterweiterungen im Industrie- und Gewerbegebiet Görzhäuser Hof sind eine zentrale wirtschaftspolitische Verantwortung und es müssen endlich sinnvolle Verkehrsanbindungen geschaffen werden. Der Behring-Tunnel könnte, neben weiteren Ideen, ein wichtiger Baustein für eine spürbare Entlastung aller Anwohnerinnen und Anwohner sein.

Nicht zuletzt wegen der wirtschaftlichen Stärke, ihrer Lebensqualität und der Attraktivität ziehen immer mehr Menschen in unsere schöne Stadt, allerdings sind auch unsere Außenstadtteile schön, lebenswert und verkehrstechnisch günstig gelegen. Wir wollen nicht nur die Kernstadt nachverdichten, auch der Traum vom eigenen Heim im Grünen, mit Garten und Trampolin ist genauso unterstützenswert. Nicht alle Menschen wollen und können in der Innenstadt wohnen.

Die Stadtautobahn ist Sünde und Segen zugleich, da sie unsere historische Stadt in zwei Hälften teilt. Es wäre zu begrüßen, wenn sie vom Südbahnhof bis nach Wehrda in einem Tunnel verlaufen würde. Die entstehenden zentrumsnahen Flächen können wir für Gebäude, Wegeverbindungen, Grün- und Wasserflächen nutzen. Hier bietet sich auch eine "Fahrradautobahn" an.

Die anspruchsvolle Topografie macht es nötig, weitere alternative Verkehrsmittel und Lösungen anzudenken, manchmal reicht schon ein grüner Pfeil. Das Auto wird in eher ländlichen Regionen das wichtigste Verkehrsmittel bleiben; unabhängig vom Antrieb werden Parkplätze auch zukünftig benötigt. Diese sollen zentral, günstig, attraktiv und hybrid nutzbar sein.

Wir wollen, dass gemeinsam mit dem Land Hessen die alte Universitätsbibliothek und die Türme der Philosophischen Fakultät qualitativ entwickelt werden. Diese Gebäude und Flächen können Potential haben und sind architektonisch reizvoll.

Das nachträgliche Bebauen von Flächen (Nachverdichtung) in der Marburger Kernstadt ist in Maßen sinnvoll. Auch wenn Bewohnerinnen und Bewohner einen Parkplatz für ihr Auto benötigen, lässt sich so mancher motorisierte Individualverkehr dadurch vermeiden.

Eine verbesserte Luftqualität kann durch den Einsatz einer intelligenten Ampelsteuerung erreicht werden. Außerdem wird hierdurch Stau vermieden. Fahrverbote gilt es zu verhindern.

Den Bau von großen Windkraftanlagen auf den Bergen rings um Marburg (Lichter Küppel und zwischen der Marbach und Michelbach) sehen wir unverändert sehr kritisch und lehnen eine Verschandelung der Landschaft ab. Energiepolitik darf nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt durchgesetzt werden – sondern mit Ihnen. Dies gilt besonders für Windräder. Die Stadt und ihrer Tochtergesellschaften sollen nur an solchen Windkraftprojekten mitwirken, bei denen die Zustimmung der Bevölkerung vorliegt. Hierfür ist aus unserer Sicht eine Befragung der Bevölkerung in der betroffenen Stadtteilen notwendig, wie auch in der Gesamtstadt.